

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 75 Pf. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend 15 Pf. Alle Postbestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle. In Halle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingezahlter Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Reklameweile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigen sind nach Möglichkeit zu belegen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben übernehmen die Anzeigengeber. Jeder Anzeigenspruch verliert, wenn der Betrag durch die Anzeigengeber nicht rechtzeitig in Konkurs gestellt. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 204. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2610 Mittwoch, den 1. September 1926

Ausnahmezustand.

Aus politischen Kreisen wird uns geschrieben: In diesen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß das Reichsinnenministerium einen Gesetzesentwurf mit Ausführungsbestimmungen zum § 48 der Verfassung fertiggestellt hat. Dieser Paragraph ist einer der heikelsten. Er gibt dem Reichspräsidenten und unter Umständen auch den Präsidenten der einzelnen deutschen Länder das Recht, unter gewissen Umständen den Ausnahmezustand zu verhängen. Man kann sich denken, daß eine solche Maßnahme bei denen, gegen die sie ergriffen wird, den stärksten Widerstand hervorruft, so daß von ihnen immer verlangt werden wird, den Artikel überhaupt aus der Verfassung herauszunehmen. Von der anderen Seite macht man geltend, daß kein Staat darauf verzichten könne, im Notfall schnell zu handeln und dabei gewisse, sonst verfassungsmäßig garantierte Rechte zurückzustellen. Ein Schulbeispiel dafür ist England, wo jetzt schon seit Monaten wegen des großen Kohlenstreiks ein Ausnahmezustand herrscht. So mußte dort das Parlament seine Ferienpause unterbrechen und der Regierung die bisher getroffenen Ausnahmemaßnahmen von neuem sanktionieren. Allerdings muß in England ein solcher Zustand durch das Parlament befristet werden. Aber auch in Deutschland liegt schließlich die letzte Entscheidung beim Parlament, da auf Verlangen des Reichstages der Ausnahmezustand befristet werden muß.

In der ganzen Angelegenheit liegt eine gewisse Unterlassungsstunde vor. Die Verfassung bestimmt selbst, daß diese Materie durch ein Reichsgesetz geregelt werden soll. Hier geht es aber wie bei verschiedenen anderen Dingen, bei denen wir noch immer auf das Ausführungsgesetz warten. Die Schuld liegt aber weniger auf Seiten der Regierung als auf der des Reichstages, wo es bisher noch nie möglich war, eine verfassungsmäßige Weisheit in solchen Dingen zu finden. So scheint es auch mit dem § 48 zu sein. Kaum war von der Tatsache der Fertigstellung eines solchen Gesetzes die Rede, als auch schon von allen Seiten die Kritik sich erhob, trotzdem das, was in die Öffentlichkeit durchsickerte, nur Gerüchte ohne jede tatsächliche Unterlage waren. Wie jetzt vom Reichsinnenministerium erklärt wird, hat es sich dabei überhaupt nur um einen Referentenentwurf gehandelt, mit dem sich der Minister selbst nicht identifiziert und der nur als Grundlage für Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium und dem Reichsjustizministerium dienen soll. Nach dem, was ein Teil der Presse gegen diesen Entwurf vorbringt, dürfte es mit einer Regelung der ganzen Materie überhaupt noch lange Zeit haben. Nach dem sozialistischen Vorwärts soll durch das Ausführungsgesetz die Gefahr einer jeden Militärdiktatur restlos beseitigt werden. Das könnte so gemeint sein, daß überhaupt das Militär auf alle Fälle bei Sicherungsmaßnahmen aus dem Spiele zu lassen ist. Wenn der Regierung aber die Kräfte fehlen oder nicht herangezogen werden dürfen, die bei Gefahr Rettung bringen können, dann blieben alle Anordnungen wirkungslos, falls die Polizei nicht stark genug wäre. Von Wichtigkeit zu verschaffen. Von bürgerlicher Seite wird dies jetzt schon lebhaft betont.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß in England das Schwerkriegsrecht in dieser Frage beim Parlament liegt. Nun haben wir aber keine so geklärten Parlamentsverhältnisse wie in England. Seit Jahren warten wir auf eine Parlamentsreform, die Ordnung in unser Parlamentschaos bringen soll. Ob eine solche überhaupt möglich ist, daran wird von verschiedenen Seiten gezweifelt, nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern. Einer der besten Kenner Europas, der amerikanische Journalist und Schriftsteller Frank S. Simonson, der auf seiner Reise nach Genf in Berlin weilte, sprach Berliner Kollegen gegenüber von einer Krise der Parlamentarismus, von der er behauptete, daß sie wie einst die unumschränkte Monarchie ihren Höhepunkt erreicht habe. Die interparlamentarische Union, die jetzt in Genf tagt, sucht nach Hilfsmitteln in dieser Krise. Wird man sie finden?

Der englische Bergarbeiterausstand.

Verlängerung der britischen Notstandsmaßnahmen. Das Englische Unterhaus trat Montag nachmittags zur Beratung über die Verlängerung der gelegentlich des Generalstreiks der Regierung eingeräumten außerordentlichen Vollmachten zusammen. Verschiedene Mitglieder der Arbeiterpartei riefen dabei Zusammenhänge hervor; der Sozialist Jack Jones wurde von der Sitzung ausgeschlossen. Schließlich wurden zwei Änderungsanträge der Arbeiterpartei gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt und die Verlängerung der Vollmachten um einen Monat mit 232 gegen 91 Stimmen angenommen. Auch das Oberhaus stimmte der Verlängerung zu. In der Debatte hatte Macdonald erklärt, nie in der Geschichte sei während eines Kohlenkonfliktes eine so allgemeine Ordnung beobachtet worden wie während

Will Spanien Marokko räumen?

Der spanische Störenfried.

In Spanien scheint man an der Forderung nach ständigem Nichts oder Überlassung Tangeris festzuhalten, trotz aller abweisender Haltung der Mächte und der in Genf versammelten Diplomaten. In Madrid wendet man zurzeit ein neues Druckmittel an. Der spanische Nachhader Primo de Rivera erklärt in einer Unterredung, seine Ansprüche unwirksam aufrechtzuerhalten. Er droht nicht nur mit dem Rücktritt Spaniens aus dem Völkerbund, sondern mit der Räumung der ganzen spanisch-marokkanischen Zone. Infolgedessen beschäftigt man sich in Pariser offiziellen Kreisen bereits ernsthaft mit etwa notwendigen militärischen Maßnahmen für den Fall der Räumung des Rif. Die Drohung mit der Räumung ist natürlich besonders in erster Linie durch eine Räumung berührt würden. Ob ernste Absichten hinter der Drohung Primo de Riveras stehen, läßt sich zurzeit bei der unübersichtlichen inneren Lage in Spanien nicht feststellen.

Genfer Verhandlungen.

Während des Montags beschäftigte man sich den ganzen Tag mit den bekannten Abänderungsvorschlägen des französischen Sachverständigen zum Völkerbundratsstatut. Zu einem Beschluß kam man nicht. Zum Schluß der Sitzung machte Präsident Motta den Vorschlag, daß in gleicher Weise wie auf der Tagung der Kommission im Monat Mai auch diesmal eine Unterkommission eingesetzt werden sollte, die der Durchberatung der erkrankenden verschiedenen schwierigen Fragen und Probleme dienen soll. Er schlug vor, diesmal auch den Vertreter Deutschlands, den Vorkämpfer von Goesch, zu der Unterkommission heranzuziehen. Der Antrag wurde angenommen. Es gehören somit der Unterkommission an: Scialoja, de Braudère, Guani, Sosal, Lord Robert Cecil, Fromageot, Sjöborg und von Hoersch. Die Arbeiten wurden Dienstag fortgesetzt. Man erwartet die Ankunft Briands und Chamberlains.

Italiens Stellung.

Mussolini hat im italienischen Ministerrat ausgeführt, daß Italien im Fall der Einberufung einer Tangerkonferenz als Signatarmacht vertreten sein müsse. Jedenfalls sei die Tangerkonferenz vollständig getrennt von der Frage der Völkerbundratsfrage zu behandeln.

Argentinien unterstützt Spaniens Forderungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“ Genf, 1. September. Aus argentinischen Kreisen verlautet, daß ein Entschluß der Regierung über eine Teilnahme an der Völkerbunderversammlung noch nicht vorliegt. Die argentinische Regierung will ihre Entschloßung von der Regelung der Forderungen Spaniens abhängig machen. Falls Spanien sich aus dem Völkerbund zurückziehen sollte, würde Argentinien wie bereits in

den letzten drei Jahren sich während der Versammlung nicht vertreten lassen.

Neuregelung der Kriegsschuldenfrage?

Nach einer Dienstag in Genf eingetroffenen Agentenmeldung aus Washington hat eine autorisierte Persönlichkeit des Weissen Hauses zum erstenmal amtlich zu verstehen gegeben, daß die amerikanische Regierung eine Initiative in günstiger Weise prüfen könnte, die dazu bestimmt wäre, die Regelung der Kriegsschulden zu revidieren. Der offizielle Sprecher des Weissen Hauses hat erklärt, daß eine eventuelle Streichung der Schulden, unabhängig von der Autorität der amerikanischen Schuldenregulierungskommission, wahrscheinlich nicht ohne ein besonderes Mandat des Volkes, von dem ursprünglich das Geld geliehen sei, erfolgen könne. Man sei darauf gefaßt, daß die Schuldregulierungsfrage über kurz oder lang wieder aufgerollt und auf ganz neuer Grundlage geprüft werden würde.

Was geht in Spanien vor?

Strengste spanische Nachrichtenzensur. In der Montagssitzung des Englischen Unterhauses richtete der konservative Abgeordnete Shannon unter Hinweis auf die Pressetelegramme aus Gibraltar, wonach alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit Spanien abgeschnitten seien, an die Regierung die Frage, ob sie irgendwelche Erklärungen über die tatsächliche Lage in Spanien abgeben und ob Chamberlain dem Hause versichern könne, daß angemessene Maßnahmen von der britischen Regierung getroffen worden seien, um die Person und das Eigentum der britischen Untertanen in Spanien zu schützen. Chamberlain erwiderte, er verfüge über keine Bestätigung bezüglich der erwähnten Presseberichte, und er habe auch keine Erklärung über die Lage in Spanien abzugeben. Aber er sei sicher, daß, wenn Maßnahmen erforderlich werden sollten, um britische Untertanen in Spanien zu schützen, sie von den spanischen Behörden auch getroffen würden.

Der Pariser „Matin“ meldet aus San Sebastian, wo sich der spanische Hof gegenwärtig aufhält, man beschäftige sich lebhaft mit der Frage der baldigen Einberufung der Cortes, besonders wegen des Gesundheitszustandes des Kronprinzen, der eine Neuregelung der Thronfolge notwendig mache. Durch eine Revision der Wahlen würden Neuwahlen vorbereitet, aber Primo de Rivera habe die Art der Abstimmung und die Befugnisse der Versammlung noch nicht festgesetzt. Der Konflikt zwischen den Artillerieoffizieren und Primo de Rivera dauert noch an.

Trotz des amtlichen spanischen Dementis erklärt der Pariser diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“, daß sich die Erregung gegen General Primo de Rivera über das ganze Land immer weiter ausbreitet. In Paris seien Handelslegationen allerdings mit starker Verspätung angekommen. Dagegen habe die spanische Botschaft mit der größten Strenge sich auf alle Pressemeldungen erwidert.

dieses Konfliktes. Nicht ein Swatten von vier vertrat daher, die frieblichen Bergarbeiter dadurch zu beleidigen, daß eine Verlängerung der Notstandsmaßnahmen verlangt werde.

In Bouthpool (Grafschaft Northampton) ist es zu rüstlichen Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen und Arbeitslosen gekommen. Die Polizei ging zweimal gegen die Menge vor. Viele Personen wurden verletzt.

Die Kirchenkonferenz zur Kriegsschuldenfrage.

Schluß der Berner Konferenz. In seinen letzten Sitzungen vor Abschluß der Tagung beschäftigte sich der in Bern zusammengekommene Fortsetzungsausschuß der Weltkirchenkonferenz mit dem von der deutschen Delegation in Stockholm übergebenen Brief zur Frage der Kriegsschuldenverantwortlichkeit. Die in langer Arbeit daraufhin formulierte Entschloßung wurde endlich unter großer Begeisterung angenommen. Es heißt darin:

Der Fortsetzungsausschuß gibt die Erklärung ab, daß es zu allererst auf die Wahrheit ankommt, daß keinerlei Interessen, mögen sie eine Einzelperson oder eine Gemeinschaft betreffen, sich der Wahrheit widersetzen dürfen. Er erklärt weiter, daß die Wahrheit vor dem gegebenen Manneswort die Regierungen wie die Einzelpersönlichkeiten zu befehlen hat; daß unmöglich durch Krieg festgesetzt werden kann, was recht ist; daß politische Kefunden durchsicht nicht mit Notwendigkeit anerkannt sind, ein ewalitätes

moralisches Urteil zu fällen; daß ein jedes erzwungene Bekenntnis, wo immer es auch abgelegt sein mag, moralisch wertlos und religiös kraftlos ist.

Der Fortsetzungsausschuß erklärt es als geboten, daß durch jedes nur mögliche Mittel der Fortsetzung ohne jede Zurückhaltung die gesamten Fragen der Verantwortung für den Kriegsausbruch und für die Kriegsführung aufgestellt werden, damit auf die Ereignisse selbst ein solches Licht falle, daß eine allgemeine Abereinbarung erreicht werden kann.

Nach Annahme verschiedener die Verwaltung und Sacharbeit betreffender Entschloßungen wurde mit einer Ansprache des Erzbischofs Söderblom die Konferenz geschlossen. Die nächste Tagung wird unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Winchester in der zweiten Julihälfte 1927 auf englischem Boden stattfinden.

Schiffskatastrophe bei Leningrad.

Über 150 Tote. Bei Leningrad prallte der auf der Fahrt von Leningrad nach Kronstadt befindliche Personendampfer „Surowestnik“ bei dem Versuch, im dichten Nebel dem deutschen Dampfer „Greene“ auszuweichen, gegen den Hafendamm. Der Schiffsrumpf erhielt ein zwei Meter breites Loch und versank nach 15 Minuten. Die Zahl der Toten wird auf über 150 geschätzt. An Bord befanden sich 563 Fahrgäste. Rettungsdampfer brachten 285 Personen in Sicherheit. Außerdem retteten sich zahlreiche Fahrgäste selbst. Die Mehrzahl der Fahrgäste waren Kronstädter Einwohner. Dauf dem